

**Deputation für Bildung**  
**(staatlich)**  
**Sitzungsprotokoll der 27. Sitzung**

16. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungstag <b>22. Juni 2006</b>	Sitzungsbeginn <b>10.00 Uhr</b>	Sitzungsende <b>11.40 Uhr</b>	Sitzungsort <b>Rembertiring 8-12</b> <b>28195 Bremen</b>
-------------------------------------	------------------------------------	----------------------------------	--

**Teilnehmer/innen:**

siehe anliegende Anwesenheitsliste

**Tagesordnung:**

- |        |  |               |
|--------|--|---------------|
| TOP 1  | Genehmigung der Tagesordnung   |               |
| TOP 2  | Genehmigung des Protokolls vom 18. Mai 2006  |               |
| TOP 3  | Verschiedenes  |               |
| TOP 4  | Beratungsschwerpunkte der 314. Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister und –senatoren der Länder in der Bundesrepublik Deutschland am 01./02. Juni 2006 in Plön | Vorlage L 204 |
| TOP 5  | Rahmenplanung für die Qualitätsentwicklung   | Vorlage L 205 |
| TOP 6  | Novellierung der Verordnung über die Organisation des Bildungsganges der Grundschule (GrundschulVO) – 2. Durchgang   | Vorlage L 206 |
| TOP 7  | Verordnung zur Regelung der Schulen für Erwachsene im Lande Bremen   | Vorlage L 207 |
| TOP 8  | Kapazitätsverordnung   | Vorlage L 208 |
| TOP 9  | Zwischenstand und Perspektiven für eine Weiterentwicklung der Eigenverantwortung der Schulen des Landes Bremen   | Vorlage L 209 |
| TOP 10 | Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche im Lande Bremen in Kindergarten und Schule  | Vorlage L 210 |

**TOP 1    Genehmigung der Tagesordnung**

---

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Änderung genehmigt.

**TOP 2    Genehmigung des Protokolls vom 18. Mai 2006**

---

Das Protokoll vom 18. Mai 2006 wird ohne Änderung beschlossen.

**TOP 3    Verschiedenes**

---

- 1) Der detaillierte Bericht zu den „**Maritimen Küstenprojekten**“ in Bremerhaven und die differenzierte Darstellung der pädagogischen Wertigkeit dieser Maßnahme im Vergleich zu den Feriencamps wurde versandt. Frau Stahmann führt aus, dass das ursprüngliche Ziel ihrer Nachfrage gewesen sei, die finanziellen Mittel für die Durchführung von Ferien-

camps zu erhalten. Das nun vorgelegte Konzept der „Maritimen Küstenprojekte“ sei durchaus schlüssig. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen habe sie bei der „Marine Jugend“ weitere Informationen über das Projekt eingeholt. Hier habe man ihr mitgeteilt, dass die aufgeführten Helgolandfahrten so nicht durchgeführt werden können und auch, dass das Programm der weiteren Fahrten stark von dem vorgestellten Programm abweiche. Sie vertritt die Auffassung, dass Kosten und Nutzen des Projektes nicht im Verhältnis zu einander stehen und die Mittel für Feriencamps sinnvoller eingesetzt wären. Darüber hinaus findet sie die Verknüpfung zwischen dem beteiligten Oberschulrat und der „Marine Jugend“ befremdlich. Frau Hövelmann betont, dass ihrer Fraktion von diesem Umstand nichts bekannt gewesen sei. Herr Willmann bittet um Aufklärung des Ablaufes und des Mitteleinsatzes. Herr Rohmeyer betont, dass es gemeinhin nicht Aufgabe der Deputation sei, sich in kommunale Bremerhavener Belange einzumischen. Aufgrund der vorliegenden besonderen Situation sei jedoch eine Beantwortung der Fragen der Deputation dringend geboten. Frau Wangenheim weist darauf hin, dass die Bremerhavener Mittel aus dem Stadtbremischen Haushalt stammen und die Deputation somit ein durchaus nachvollziehbares Interesse an der Sache hat. Herr Prof. Dr. Weiss weist darauf hin, dass die Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven über die Verteilung der Mittel unter Berücksichtigung der Vorgaben aus Bremen entschieden habe. Sowohl die Ferienkurse als auch die Maritimen Projekte haben jeweils einen eigenen pädagogischen Wert. Das maritime Projekt wird sorgsam durchgeführt und gut betreut. Herr Dagott ergänzt, dass zusätzlich zu den 21 Küstenfahrten 4 Fahrten nach Helgoland über jeweils 3 Tage durchgeführt und auch die in der Vorlage benannten Inhalte vermittelt werden. Frau Stahmann sagt, dass die Vorbehalte der Deputation primär durch die falschen Aussagen im Vorfeld hervorgerufen wurden. Herr Porwoll entschuldigt sich für die Verwirrungen die durch seine fehlerhafte Annahme über die politische Beschlusslage in Bremerhaven hervorgerufen wurden. Er weist darauf hin, dass dieses Projekt besonders im Kontext der maritimen Tradition Bremerhavens und der Schulen mit Maritimer Ausrichtung zu sehen sei. Frau Stahmann erwidert, dass die Antworten auf ihre Nachfragen beim Projektträger im Widerspruch zu der Darstellung in der Vorlage stünde. Die personelle Verquickung empfindet sie als problematisch. Herr Prof. Dr. Weiss erklärt, dass ein Ausschuss den Träger des Projektes ausgewählt habe, eine unsachgemäße Verquickung weist er in aller Deutlichkeit zurück. Die vorgebrachten Informationen von Seiten des Trägers sind seiner Auffassung nach kritisch zu betrachten. Er weist darauf hin, dass die Mittel gemäß der vereinbarten Vorgaben zugeteilt und teilweise schon ausgezahlt wurden. Frau Hövelmann sind die Ausführungen zu den Helgolandfahrten im Vermerk noch zu unklar. Senator Lemke führt aus, dass nach den PISA-Ergebnissen massive Anstrengungen zur Förderung der Schülerinnen und Schüler unternommen wurden und hierfür in einem großen Rahmen Finanzmittel zur Verfügung gestellt wurden. Hier ist nun der Eindruck entstanden, dass diese Mittel in Bremerhaven nicht so zielführend eingesetzt wurden, wie es zu erwarten sei. Die Unklarheiten im Zusammenhang mit diesem Projekten sein nur zum Teil aufgeklärt worden. Um alle Zweifel auszuräumen bittet er um eine detaillierte Vorlage zur Verwendung der sogenannten „Eon-Mittel“. Frau Allers bekräftigt, dass keine Fragen offen bleiben dürfen. Sie weist darauf hin, dass die Mittel auch in weitere sehr gute Projekte geflossen seien. Herr Prof. Dr. Weiss weist darauf hin, dass die Vorgaben der Deputation umgesetzt worden seien.

- 2) Der von der Deputation für Bildung erbetene detaillierte Bericht zu dem Verein „**Schule für alle**“ in Bremerhaven wurde verteilt.
- 3) Frau Böschen bittet um einen Bericht zu den **Praktikumsbetreuungsstunden in den Berufsbildenden Schulen**, insbesondere im sozialpädagogischen Bereich.
- 4) Frau Stahmann bittet um einen kurzen **Sachstand zur Landeszentrale für Politische Bildung**.
- 5) Die staatliche Deputation für Bildung beschließt, dass für die Dauer der Schulferien Frau Stahmann, Frau Hövelmann und Herrn Rohmeyer als Mitglieder der **Feriendeputation** benannt werden.

- 6) Senator Lemke berichtet von der letzten **Gerichtsverhandlung im Zuge des sog. „Kopftuchstreits“**. Das Gericht hat bemängelt, dass bei der Prüfung der Möglichkeit der Einstellung als Angestellte ein bestehendes Ermessen nicht ausgeübt wurde, nach Auffassung des Ressorts und auch nach seiner persönlichen Einschätzung bestehe ein solches Ermessen jedoch nicht. Aus diesem Grund wird das Ressort auch Berufung gegen die Entscheidung einlegen.

Senator Lemke sagt eine Beantwortung der offenen Fragen zur nächsten Sitzung zu.

---

**TOP 4      Beratungsschwerpunkte der 314. Plenarsitzung der Ständigen      Vorlage L 204**  
**Konferenz der Kultusminister und –senatoren der Länder in**  
**der Bundesrepublik Deutschland am 01./02. Juni 2006 in Plön**

---

Herr Bürger bittet, die KMK-Vereinbarungen zur Gymnasialen Oberstufe und zur Sekundarstufe I an die Mitglieder der Deputation weiterzuleiten, die dies wünschen.

---

**TOP 5      Rahmenplanung für die Qualitätsentwicklung der Schulen im      Vorlage L 205**  
**Land Bremen**

---

Herr Rohmeyer begrüßt die vorgelegte Rahmenplanung. Er bittet, das Papier noch um eine Darstellung der Rahmenbedingungen des Schulsystems zu ergänzen. Frau Stahmann fragt, wie die dargestellten Vorhaben haushaltsmäßig abgesichert seien, wie die Implementierung in den Schulen sichergestellt werden kann und warum der Runde Tisch Bildung nicht einbezogen wurde. Herr Rohmeyer bekräftigt, dass die inhaltliche Beschreibung der Qualitätsentwicklung von den Schulen sehr positiv aufgenommen wurde. Er fragt, ob zur weiteren Arbeit in diesem Bereich ein eigenes Referat eingerichtet wurde. Frau von Ilsemann erwidert, dass die Gründung eines Referats Qualitätsentwicklung kurz bevorstehe. Die vorgelegte Rahmenplanung wurde von Mitarbeiter aus verschiedenen Referaten des Ressorts in Zusammenarbeit mit dem LIS erstellt. Das Papier ist so gestaltet, dass es weniger detailliert wird, je weiter der Blick in die Zukunft gerichtet wird. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es z.B. nicht möglich, klare Finanzvorgaben für den Zeitraum nach 2007 zu machen, da die Verwaltung noch nicht bewilligte Gelder nicht zuteilen könne. Zur Implementierung an den Schulen wurde für die Schulen eine Kurzfassung und eine Power-Point-Präsentation erstellt, beides wurde gut angenommen. Das LIS wird zukünftig im Rahmen der Aus- und Fortbildung mit der Rahmenplanung arbeiten. Weiterhin soll die Implementation der Rahmenplanung in die Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit dem LIS aufgenommen werden. Sie erläutert, dass die Implementierung an den Schulen einer der entscheidenden Punkte für einen zukünftigen Erfolg sei. Aus Rückmeldungen wisse sie, dass die überwiegende Mehrheit der Schulleiterinnen und Schulleiter hinter der Rahmenplanung stehe. Nun müssen verstärkt die Kollegien einbezogen werden. Für den Runden Tisch Bildung ist dieser Bereich ein sehr interessanter Themenkomplex. Der Runde Tisch habe im letzten Durchgang intensiv an dem Thema Heterogenität und der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe gearbeitet. Er habe beschlossen, dass es in der nächsten Sitzung des Runden Tisches um den Bereich der Qualität von Schule gehen solle. Frau Mackensen (PR-Schulen) hat den Eindruck, dass die Kollegien bisher nicht ausreichend informiert wurden. Sie findet es bedauerlich, dass es noch kein Gespräch zwischen Frau von Ilsemann und dem PR-Schulen zum Rahmenplan gegeben habe. Ihrer Auffassung nach ist besonders der Dialog mit den Betroffenen wichtig. Sie bemängelt, dass die Ressource Arbeitskraft, insbesondere im Hinblick auf die Arbeitsbelastung und die Gesundheit der Lehrkräfte, nicht thematisiert wird. Frau von Ilsemann bekräftigt noch einmal ihre Bereitschaft zum Dialog mit den Personalräten sowohl aus Bremen, als auch aus Bremerhaven. Sie weist darauf hin, dass konstruktive Anregungen der Personalratsstellungnahme an vielen Stellen in das Papier eingeflossen seien.

## **Beschluss**

Die Deputation für Bildung nimmt die vorgelegte Rahmenplanung für die Qualitätsentwicklung der Schulen im Lande Bremen zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Umgang mit den Planungen zu.

---

**TOP 6      Novellierung der „Verordnung über die Organisation des Bildungsganges der Grundschule (Grundschulverordnung)“      Vorlage L 206**

---

Frau Böschen fragt, ob sichergestellt sei, dass das Verfahren zur sonderpädagogischen Förderung vor dem Übergang in die Sekundarstufe I abgeschlossen sei. Herr Bothmann erwidert, dass dies generell der Fall sei. Frau Hövelmann dankt für die sehr transparente Darstellung der Stellungnahmen in der Synopse. Frau Ullhorn (ZEB) dankt für die Anhörung. Sie bemängelt, dass nach § 5 Absatz 3 „eine Person des Vertrauens aus der jeweiligen Schule“ benannt werden müsse, da dies eine außerschulische Vertretung ausschließt. Herr Bothmann erläutert, dass diese Formulierung zum Ziel habe, sicherzustellen, dass alle Beteiligten die Schule kennen. Frau Hövelmann bittet, die Worte „in der Regel“ in den Paragraphen einzufügen. Senator Lemke unterstützt dies und übernimmt dies in die Vorlage.

**Beschluss**

Die Deputation stimmt der Neufassung der Grundschulverordnung gemäß Anlage 2 zu.

---

**TOP 7      Verordnung zur Regelung der Schulen für Erwachsene im Lande Bremen      Vorlage L 207**

---

Frau Stahmann dankt für diese Vorlage, vermutet allerdings, dass die Praxis ggf. später Änderungen erforderlich machen werde.

**Beschluss**

Die Deputation für Bildung stimmt dem anliegenden Entwurf einer „Verordnung zur Regelung der Schulen für Erwachsene“ zu.

---

**TOP 8      Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen      Vorlage L 208**  
**Hier: Neue Verordnung über die Festlegung der Zulassungszahlen zum 01.11.2006**

---

Senator Lemke erklärt, dass die mit der Korrekturseite vorgelegten leichten Veränderungen der Zahlen auf Probleme bei Latein und Spanisch zurückzuführen seien. Generell bemerkt er, dass es sein Ziel sei, die Referendare und Referendarinnen an Bremen zu binden. Frau Stahmann fragt, ob es Informationen über die Probleme im Fach Spanisch in Bremerhaven gibt. Herr Kliem (LIS) erwidert, dass auch in diesem Fach 20 Prozent der Referendare und Referendarinnen nach Bremerhaven gingen.

**Beschluss**

Die Deputation für Bildung stimmt der als Anlage 1 beigefügten Verordnung über die Festlegung der Zulassungszahlen zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen zu.

Sie nimmt die Aufstellung über die Anzahl der Bewerbungen um Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen zum Einstellungstermin 1. November 2006 (Anlage 2) und die Liste der am 1. November 2006 bereits besetzten Fächer (Anlage 3) zur Kenntnis.

---

**TOP 9      Zwischenstand und Perspektiven für eine Weiterentwicklung der Eigenverantwortung der Schulen des Landes Bremen      Vorlage L 209**

---

Frau Stahmann kritisiert, dass die Vorlage wenig Neues bringe und zu Unkonkret sei. Sie fragt, wie die Pilotprojekte ausgewählt werden. Frau Hövelmann berichtet von einer Anhörung der SPD-Fraktion im vergangenen Monat, die deutlich gezeigt habe, wie weit die Berufsschulen seien. Aus diesem Grund sollen auch in den allgemein bildenden Schulen Pilotprojekte starten. Herr Rohmeyer führt aus, dass die Verlässlichkeit über ein Haushaltsjahr wichtig für die Schulen ist. Frau von Ilse führt aus, dass in den Schulen in Bremen schon sehr viel läuft und die Schulen bereits jetzt wesentlich mehr Möglichkeiten als in vielen anderen Bundesländern haben. Es handelt sich um ein vorsichtiges Papier, da den Schulen keine Versprechen gemacht werden sollen, die dann später nicht eingehalten werden können. Die Umsetzung der Idee der eigenverantwortlichen Schule verändert nicht nur die Schule sondern auch die Arbeit der Verwaltung sehr stark. Die Behörde ist dabei, dafür die Grundlagen zu legen.

### **Beschluss**

1. Die Deputation für Bildung nimmt den anliegenden Entwurf des Senators für Bildung und Wissenschaft zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Bildung bittet den Senator für Bildung und Wissenschaft um Weiterleitung des Berichts an die Bremische Bürgerschaft (Landtag).

**TOP 10 Sachstandsbericht zur Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche im Lande Bremen in Kindergarten und Schule** **Vorlage L 210**

---

### **Beschluss**

Die staatliche Deputation für Bildung nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

---

Senator

Sprecherin

Protokollantin